

# Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Der Zürcher Zeitung 212. Jahrgang

Briefadresse von Redaktion, Verlag und Druckerei:  
Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11, Telefax 252 13 29  
Anzeigenabteilung: Postfach 215, CH-8021 Zürich, Telefon 258 16 77  
Inlandabonnemente: Telefon (01) 258 15 30, Telefax 258 18 39  
Auslandabonnemente: Telefon (01) 258 11 11, Telefax 258 18 39  
Abonnementpreise und weitere Angaben Seite 4 (Impressum)

Schweiz  
Fr. 1.50  
Lit. 2200.— sKfr. 12.—  
dKr. 12.— lfr. 45.— Ps. 200.—  
DM 2.50 hfl. 3.25 Pts. 225.—  
lfr. 10.— nKr. 13.— LE 6000.—  
Dr. 260.— 85 20.— FL 90.—  
£ 0.90 Esc. 240.—

## Panzeraufmarsch in Richtung Slowenien Putschpläne oder Machtdemonstration?

Auch am Mittwoch ist es in Slowenien zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Einheiten der Armee und der Territorialverteidigung sowie zu Panzerbewegungen gekommen. Ein Teil der 180 Panzer, die in der Nacht aus dem Raum Belgrad in westliche Richtung in Bewegung gesetzt wurden, befindet sich gegenwärtig in Slowenien. Bis zum späten Mittwochnachmittag hat die Armeeführung immer noch nicht offiziell auf den am Abend des Vortags zwischen dem Präsidiumsmitglied Stipe Mesić und der slowenischen Führung in Ljubljana vereinbarten Waffenstillstand reagiert.



Kroaten bewerfen einen in Richtung Slowenien fahrenden Panzer mit Steinen. (Bild ap)

C. Sr. Zagreb, 3. Juli

Der am Dienstagabend zwischen dem Präsidenten der jugoslawischen Staatspräsidiums, Stipe Mesić, und der slowenischen Führung, jedoch ohne die Armee ausgehandelte – insgesamt bereits dritte – Waffenstillstand ist bereits am Mittwoch wieder gebrochen worden, wobei

### Tagesinformation

#### Lech Wałęsa bei der Nato

Bei einem Besuch im Nato-Hauptquartier in Brüssel hat der polnische Präsident Wałęsa für die territoriale Integrität Jugoslawiens plädiert, gleichzeitig aber allen Nationalitätengruppen das Recht auf Freiheit zuerkannt. Seite 3

#### Skeptis von Umweltschutzverbänden gegenüber dem EG-Binnenmarkt

Fünf grosse Schweizer Umweltschutzorganisationen verlangen vom Bundesrat eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung der EW-Richtlinien auf die Schweiz. Sie werfen dem Binnenmarktprogramm gravierende Konstruktionsfehler vor. Seite 17

#### Mässiger Konjunkturaufschwung im OECD-Raum

Die in Paris ansässige Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung prognostiziert in ihrer jüngsten Analyse der Wirtschaftsentwicklung im OECD-Raum ihren 24 Mitgliedstaaten für das kommende Jahr einen betont gemässigten Aufschwung. Dabei wird das durchschnittliche Wachstum nach einem diesjährigen Tiefstand von 1,1 Prozent für 1992 auf 2,9 Prozent geschätzt. Seite 33

#### Baselitz und die Sammlungspolitik des Zürcher Kunsthause

In einer der nächsten Sitzungen wird der Zürcher Kantonsrat über einen Beitrag von 1,4 Millionen Franken an den Ankauf eines Werkes von Georg Baselitz entscheiden. In diesem Zusammenhang äussern sich der Direktor des Zürcher Kunsthause und der frühere Direktor des Kunstmuseums Basel zur Sammlungspolitik des Zürcher Museums und zur Bedeutung von Baselitz in der Kunst der Gegenwart. Seite 49

#### Martina Navratilova in Wimbledon geschaltet

Erstmals seit 1977 ist Martina Navratilova bereits in den Viertelfinals der All England Tennis Championships geschaltet. Die Amerikanerin unterlag der jungen Jennifer Capriati in zwei Sätzen. Seite 55

Inhaltsübersicht	Umfang	64 Seiten	
Ausland	1-5	Börsen	41-47
Wetter und Vermischtes	7, 11	Kant und Stadt Zürich	49-54
Inland	17-21	Sport	55/56
Feuilleton	23/25	Beilagen:	
Roman	26	Radio und TV	31/32
Radio und TV	31/32	Hinweise auf Bücher	27
Wirtschaft	33-39		

Tourismus Seiten 57/58

Anzeigen-Überblick Seite 2

sich die beiden Konfliktparteien wie immer gegenseitig die Schuld daran zuschieben. Nach slowenischen Angaben haben Einheiten der Bundesarmee auf zivile Ziele geschossen. Radio Ljubljana berichtete auch mehrmals über Panzerbewegungen. Bis zum späten Nachmittag gab es keine Anzeichen dafür, dass die Belgrader Armeeespitze gewillt ist, den am Vorabend ausgehandelten Waffenstillstand einzuhalten. Der Plan sieht als erstes eine unverzügliche Feuereinstellung und den Rückzug der Truppen der Bundesarmee und der Territorialverteidigung in die Kasernen vor. Weiter sollen die Gefangenen freigelassen und alle noch offenen Probleme in Gesprächen auf höchster Ebene gelöst werden. Zuvor hatte die slowenische Führung eine Garantie dafür gegeben, dass alle offensiven Operationen eingestellt würden. Nach slowenischer Darstellung haben sich die Truppen der Territorialverteidigung am Mittwoch strikte an die mit Mesić vereinbarte Feuereinstellung gehalten.

#### Ungewissheit um die Operationsziele

Für grosse Unruhe sorgte am Mittwoch eine Meldung, dass in der Nacht 180 Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Militärlastwagen aus der Belgrader Region in westliche Richtung in Bewegung gesetzt wurden. Eine Kolonne durchquerte die Vojvodina und fuhr in Richtung der kroatischen Grenze. Laut dem am Mittwoch nachmittag in Zagreb vorliegenden Informationen befindet sich ein Teil der Einheiten in Beli Manastir, offenbar in einer Kaserne, ein anderer an der Grenze zwischen Kroatien und der Vojvodina in der Gegend der slawonischen Stadt Osijek und in der Nähe von Vinkovci sowie weiter südlich. Andere Einheiten sollen sich nach unbestätigten Berichten in Richtung Bosnien in Bewegung gesetzt haben. Laut Angaben von Radio Zagreb besteht diesmal die Besetzung der Panzer nicht aus Rekruten, sondern vor allem aus Reservisten serbischer Nationalität. Im Belgrader Fernsehen war am Vormittag zu sehen, wie in Serbien und in der Vojvodina Menschen der Besatzung der durchfahrenden Panzer zuwinkten und wie diese zwei Finger zum Zeichen des Sieges in die Höhe reckten.

Während Stipe Mesić, der formell Oberkommandierender der Armee ist, am Dienstagabend in Ljubljana verhandelte, erklärte Generalstabschef Blagoje Adžić, ein Serbe, im Belgrader Fernsehen Slowenien praktisch den Krieg. Die Armee werde, so drohte er, die «Sache zu Ende führen» und – im Einklang mit der Verfassung und den Beschlüssen der Regierung – den Auftrag erfüllen, die Kontrolle über die slowenischen Grenzübergänge zu übernehmen. Er warf der slowenischen Territorialverteidigung vor, die mit den Abgesandten der EG vereinbarte Waffenruhe missachtet und die Einheiten der Bundesarmee in «heimtückischer Weise» angegriffen zu haben. Die

Bundesregierung beschuldigte er, sie habe die Ausführung des Auftrags behindert, weil sie zu einer Zeit Verhandlungen verlangte, als der Gegner mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Bundesarmee angegriffen habe. Der Krieg sei der Armee aufgezwungen worden, sagte Adžić. Alles andere wäre Kapitulation oder Verrat und komme daher nicht in Frage. Nach slowenischer Auffassung zeigt der Auftritt des Generalstabschefs, dass die Armee nicht darauf verzichten will, eine politische Rolle zu spielen.

#### Machtloser Oberkommandierender

Es scheint, dass die Armee nun in eigener Regie handelt und sich jeglicher politischen Kontrolle entzogen hat. Der jugoslawische Verteidigungsminister Kadijević, der in der Vergangenheit immer wieder gesagt hatte, solange er im Amt sei, werde die Armee nicht intervenieren, dürfte am Einfluss verloren haben. Ein am Dienstagabend angekündigter Auftritt am Belgrader Fernsehen wurde kurzfristig abgesagt. Der formelle Oberkommandierende, Stipe Mesić, scheint machtlos zu sein. Es wird angenommen, dass Generalstabschef Adžić gegenwärtig das Gesetz des Handelns bestimmt. Ob man in diesem Zusammenhang auch von einer politischen Machtübernahme und von einem Militärputsch sprechen kann, ist allerdings angesichts der verworrenen Lage und der unklaren Verhältnisse ungewiss. Auch ist unklar, was innerhalb der Armee wirklich vorgeht. Der Umstand, dass die Besetzung der Panzer, die sich nach Slowenien in Bewegung gesetzt haben, offenbar vor allem aus serbischen Reservisten besteht, ist ein Anzeichen dafür, dass die Armee immer deutlicher zu einer Streitmacht Serbiens und zu einem Instrument der serbischen Politik wird.

#### Die Armee will Feuereinstellung beachten

Zagreb, 3. Juli. (Reuter) Die jugoslawische Bundesarmee hat nach Angaben eines hochrangigen Militärs in der Krisenregion die Anweisung, nur dann zu feuern, wenn sie angegriffen wird. Der stellvertretende Kommandant des für Slowenien und Kroatien zuständigen 5. Wehrbezirks, General Andrija Raseta, nahm damit zu den Berichten Stellung, nach denen das Bundesheer mit starken Kräften gegen Slowenien und Kroatien vorrückt. Der General erklärte laut Tanjug vor der Presse in Zagreb ausserdem, die Armee anerkenne den neugewählten Vorsitzenden des Staatspräsidiums als Oberbefehlshaber an.

#### Ljubljana meldet Beginn von Gesprächen mit der Armee

Ljubljana, 3. Juli. (Reuter) Die slowenische Führung hat am Mittwoch mit der jugoslawischen Armee Gespräche über den Rückzug der Bundesstruppen in die Kasernen begonnen. Informationsminister Kacin teilte vor der Presse mit, eine dreiköpfige slowenische Delegation sei mit Mitgliedern des Verteidigungsministeriums und Befehlshabern des 5. Armeedistrikts, zu dem Slowenien gehört, zusammengekommen.

#### Ministerwechsel in Zagreb

Belgrad, 3. Juli. (dpa) Die Regierung der Republik Kroatien ist nach Radiomeldungen umgebildet worden. Der oberste Staatsrat Kroatiens be-

## Abbruch der Nordirlandgespräche

Keine Konzessionen an die Unionisten  
cer. London, 3. Juli

Der britische Nordirlandminister Peter Brooke hat am Mittwoch nachmittag vor dem Unterhaus den Abbruch der von ihm lancierten Nordirlandgespräche bekanntgegeben. Dieses – zumindest vorläufige – Scheitern kam keineswegs überraschend: sieben der elf Wochen Verhandlungsdauer wurden mit einem kleinlich wirkenden Gerangel um Prozedurfragen wie den Gesprächsort und die Person des Vorsitzenden verschwendet. Wohl nur wenige gaben sich der Illusion hin, dass die unverbindlichen diplomatischen Formeln, mit welchen Brooke die Antagonisten an den Verhandlungstisch gelotet hatte, auf die Dauer eine haltbare Basis für die ersten Direktgespräche seit über 16 Jahren abgeben würden.

Der mühsam am Leben erhaltene Dialog zwischen den vier verfassungsmässigen nordirischen Parteien blieb endgültig ab, nachdem sich die britische und die Regierung der Republik Irland geweigert hatten, den ultimativen Forderungen der Unionisten nachzugeben und auf das geplante anglo-irische Routinetreffen vom 16. Juli zu verzichten. Die anglo-irischen Kontakte waren mit Rücksicht auf die Empfindlichkeiten der Unionisten während der Gespräche unterbrochen worden. Die Unionisten haben sich mit diesem Verhalten wiederum verstärkt dem Verdacht ausgesetzt, dass es ihnen letztlich nicht um den Dialog, sondern um die Beseitigung des verhassten anglo-irischen Abkommens – mit anderen Worten um die Beseitigung des Einflusses Dublins in Nordirland – gegangen ist. Ian Paisley, der Führer der Demokratischen Unionisten, hat ebenfalls am Mittwoch verkündet, er werde sich nie mehr an Verhandlungen beteiligen, welche von Dublin sabotiert werden könnten.

Peter Brooke will sich offensichtlich alle Türen offenhalten und befehlige sich im House of Commons äusserst diplomatische Formulierungen. Und obwohl er zugeben musste, er sei durch den Gesprächsabbruch enttäuscht worden, wurde er nicht müde, das grosse Potential des Verhandlungsprozesses und den guten Willen der Dialogpartner hervorzuheben. Das wenige, das erreicht worden sei, bestätigte immerhin, betonte der Nordirlandminister, dass die Zeit für den Dialog in der Provinz reif und eine gemeinsame Plattform vorhanden sei. Die Fundamente seien gelegt, und er werde auf bilateraler Grundlage die Chancen für eine Fortsetzung des Gesprächsprozesses erkunden, erklärte der Nordirlandminister zum Schluss.

rief am Mittwoch morgen Onesin Cvijan zu neuem Innenminister, Sime Djodan zum Verteidigungsminister. Sein Vorgänger, Martin Spegeļ, wurde Oberbefehlshaber der Nationalgarde, welche in Kroatien die Armee darstellt. Dem früheren Innenminister Josip Boljkovac war in der Presse vorgeworfen worden, Polizisten in den Tod geschickt zu haben, nachdem in Plitvice und Borovo Selo Autobusse mit kroatischen Polizisten in Hinterhalte serbischer Extremisten geraten waren, wobei zahlreiche Beamte den Tod fanden.

(Kommentar auf Seite 3)

## Scharfe Warnung Bonn an Belgrads Militär

Androhung «ernster Konsequenzen»

Ch. M. Bonn, 3. Juli

Nach dem Scheitern von Aussenminister Genschers Mission in Jugoslawien, die dieser unter Berufung auf den gegenwärtigen Vorsitz Deutschlands im KSZE-Krisenmechanismus unternommen hatte, ist in Bonn am Mittwoch erstmals eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nicht mehr ausgeschlossen worden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Lage völlig verworren sei, stelle sich diese Frage indes nicht als dringendstes Problem, sagte der Regierungssprecher allerdings einschränkend. Überaus «harte Reaktionen» von deutscher Seite kündigte er dagegen für den Fall an, dass die jugoslawischen Streitkräfte, die sich weitgehend der Kontrolle der politischen Führung in Belgrad entzogen hätten, einen Staatsstreik unternähmen und weiterhin gegen die Bevölkerung in Slowenien mit militärischer Gewalt vorgehen sollten. Ein Putsch der Armee in Belgrad würde von Bonn nicht hingenommen, sondern hätte «ernste Konsequenzen für die poli-

tischen und wirtschaftlichen Beziehungen» zwischen Deutschland und Jugoslawien.

#### Unaufhaltsamer «Amoklauf»?

Welcher Art diese nun schärfer als jemals zuvor androhten Konsequenzen sein würden, präzisierete der Bonner Regierungssprecher nicht. Er betonte sich mit der Feststellung, dass Taten auf diplomatischem und wirtschaftlichem Gebiet folgen würden, wenn es nicht anders gehe. Damit meinte er offensichtlich noch nicht die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, die er allerdings für die Zukunft nicht ausschloss. Es sei selbstverständlich, dass die Sympathie des deutschen Volkes denjenigen gehöre, die sich gegen Panzer und eine auf Abwege geratene Generalität wehrten, fügte der Regierungssprecher in einer am Rhein zuvor offiziell nicht vernehmbar neuen Tonlage hinzu. Aussenminister Genscher, der wegen seiner späten Reaktion im Jugoslawien-Konflikt erneut, ähnlich wie im Golfkrieg, unter immer stärkeren innenpolitischen Beschuss von seiten der CDU/CSU und zusätzlich jetzt auch von der SPD geraten ist, hatte schon zuvor Zweifel daran geäußert, ob das